

Pilotprojekt:

„Restorative Justice‘ in der Ukraine:

Die (fehlende) Aufarbeitung des Sowjetunrechts von 1991 bis heute“

Пілотний проект:

„«Відновне (реабілітаційне) правосуддя» в Україні: (відсутність)
дослідження радянської несправедливості з 1991 року до сьогодні“

Pilot Project:

„Restorative Justice in Ukraine:

(Not) Coping with Soviet State Crimes from 1991 until Today“

Working Paper Nr. 5 B / Публікація матеріалів № 5 Б

Jevhenij Tkačenko

**Restorative Justice im Kontext des Schutzes der Rechte des krim-
tatarischen Volkes als indigenes Volk der Ukraine**

April 2025

Inhalt:

Zusammenfassung

Einführung

1. Wer sollte als indigenes Volk eingestuft werden? Rechtlicher Status der indigenen Völker der Ukraine
2. Die Geschichte der Tragödie der Krimtataren und die Bemühungen um die Rehabilitierung der Rechte dieser ethnischen Gruppe während der Sowjetzeit
3. Die Rehabilitierung der Krimtataren zwischen der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine und der Besetzung der Krim durch Russland im Jahr 2014
4. Die Lage der Krimtataren nach 2014

Fazit

Autoreninformation

Informationen zur Übersetzerin

Zusammenfassung

Die Verfassung der Ukraine und die nationale Gesetzgebung garantieren die Rechte indigener Völker, die als autochthone ethnische Gemeinschaften definiert sind, die sich auf dem Territorium der Ukraine gebildet haben. Diese Gemeinschaften bewahren ihre ursprüngliche Sprache und Kultur, unterhalten traditionelle, soziale, kulturelle oder repräsentative Einrichtungen und bezeichnen sich selbst als indigene Völker der Ukraine. Sie stellen eine ethnische Minderheit innerhalb der Gesellschaft dar und verfügen über kein eigenes staatliches Gebilde außerhalb der Ukraine.

Leider wurden die Völker der Krim, insbesondere die Krimtataren, Mitte des 20. Jahrhunderts von den sowjetischen Behörden zwangsweise aus ihrer historischen Heimat umgesiedelt, ein Akt, der heute als Völkermord anerkannt ist. Erst nach der Unabhängigkeit der Ukraine konnten die Krimtataren gänzlich in ihre angestammte Heimat auf der Krim zurückkehren. Diese Rückkehr ging mit der Notwendigkeit einher, ihren Rechtsstatus wiederherzustellen sowie Fragen in Bezug auf Staatsbürgerschaft, Restitution, Bodenrechte, Kultur, Sprache und Religion zu klären, die sowohl von staatlichen als auch von autonomen Behörden geregelt werden mussten. In diesem Beitrag sollen diese Fragen im Detail untersucht werden. Darüber hinaus werden die Herausforderungen bei der Gewährleistung der Rechte der Krimtataren nach der Besetzung der Krim durch Russland im Jahr 2014 beleuchtet.

Schlüsselwörter: Restorative Justice, indigene Völker, Rechte indigener Völker, Krimtataren, Restitution, Menschenrechte.

Einführung

Die humanitäre Politik eines Staates in einer multiethnischen Gesellschaft zielt darauf ab, Bedingungen zu schaffen, die die sprachlichen, ethnischen und religiösen Rechte eines jeden Einzelnen uneingeschränkt unterstützen. Die Ukraine, die sich als demokratischer Rechtsstaat definiert hat, ist bestrebt, ein Umfeld zu schaffen, das die gleichberechtigte Entwicklung und die aktive Teilhabe aller Bürger am sozialen, wirtschaftlichen, politischen, geistigen und kulturellen Leben fördert, unabhängig von ihrer Sprache, Ethnie oder Religion. Ein zentraler Aspekt dieser Politik ist die Wahrung der Rechte sprachlicher, ethnischer und religiöser Minderheiten in der Ukraine.

Nach der letzten gesamtukrainischen Volkszählung von 2001 gehören zu den nationalen Minderheiten der Ukraine unter anderem mehr als 8 Millionen Russen, 275.000 Belarussen, 258.000 Moldawier, 248.000 Krimtataren, 204.000 Bulgaren, 156.000 Ungarn, 151.000 Rumänen, 144.000 Polen, 103.000 Juden, 99.000 Armenier, 91.000 Griechen, 73.000 Tataren und 47.000 Romas. Die Krimtschaken und Karäer stellen die kleinsten ethnischen Gruppen dar, insgesamt wurden 161 ethnische Gruppen ermittelt.

Bis 2014 war die Bevölkerung der Krimtataren in der Ukraine auf etwa 300.000 angewachsen. Es ist wichtig zu erwähnen, dass der ukrainische Staat vor 2014 darum rang, den Status der Krimtataren zu definieren – ob sie als nationale oder ethnische Gemeinschaft oder als ein indigenes Volk betrachtet werden sollten. Erst 2014, unter den tragischen Umständen der Krim-Besetzung, nahm das Parlament der Ukraine eine Resolution zur Gewährleistung der Rechte des krimtatarischen Volkes in der Ukraine an. Diese Resolution verpflichtet den Staat, die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität des krimtatarischen Volkes als eine indigene Gruppe zu bewahren und zu fördern. Sie garantiert auch ihr Recht auf Selbstbestimmung als Teil eines souveränen und unabhängigen ukrainischen Staates.

1. Wer sollte als indigenes Volk eingestuft werden? Der rechtliche Status der indigenen Völker der Ukraine

In der wissenschaftlichen Literatur und im Völkerrecht werden indigene Völker üblicherweise als Gruppen anerkannt, die eine Kolonisierung oder Eroberung erlebt haben, die sie zu Minderheiten (oder einem „unerwarteten“ Teil der Bevölkerung) innerhalb eines von einer Titularnation dominierten Staates gemacht hat¹. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal indigener Völker ist häufig ihre traditionelle Lebensweise und wirtschaftliche Praktiken, die sie im Vergleich zu dominanten Gruppen,

¹ James S. Anaya, *Indigenous Peoples in International Law*, Second Edition, Oxford University Press, 2004, S. 3; *Daes E. I. A.* An overview of the history of indigenous peoples: self-determination and the United Nations, *Cambridge Review of International Affairs* 2008, T. 21, Nr. 1, S. 8.

die moderne Produktionsmethoden anwenden, in eine wirtschaftlich benachteiligte Position bringen können. Sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in der nationalen Gesetzgebung werden auch Begriffe wie „Ureinwohner“ oder „autochthone“ Bevölkerungsgruppen zur Beschreibung dieser Gruppen verwendet.

In vielen südamerikanischen Ländern gibt es bedeutende indigene Bevölkerungsgruppen (Ureinwohner), wobei die Situation dieser Völker unterschiedlich ist: In Bolivien und Guatemala machen indigene Völker zwei Drittel der Bevölkerung aus, in Peru und Ecuador etwa 40%, und in den meisten anderen Ländern liegt der Anteil zwischen 5 und 20%. In Brasilien machen die indigenen Völker weniger als 1% der Bevölkerung aus. Unter dem Einfluss indigener Bewegungen und des Völkerrechts haben verschiedene Staaten Bestimmungen über die Rechte indigener Völker in ihre Verfassungen aufgenommen, darunter auch die Anerkennung ihrer Sprachen. Panamas Verfassung von 1972 war beispielsweise die erste in Lateinamerika, die mehreren indigenen Gruppen regionale Autonomie gewährte und ihr Recht auf zweisprachige Bildung anerkannte. Danach haben Länder wie Argentinien und Peru subregionale Gesetze erlassen, in denen die Rechte indigener Völker auf ihr Territorium, ihre Sprache und ihre Kultur anerkannt werden². In Peru beispielsweise werden Quechua, Aymara und andere indigene Sprachen in den Gebieten, in denen sie verbreitet sind, als Amtssprachen anerkannt (Art. 44 der Verfassung). In ähnlicher Weise erkennen die Verfassungen von Kolumbien, Ecuador und Venezuela die Sprachen und Dialekte ethnischer Gruppen als Amtssprache in ihren jeweiligen Gebieten an.

In der Verfassung der Föderativen Republik Brasilien von 1988 wird Portugiesisch zur Amtssprache erklärt (Art. 13). Darüber hinaus beauftragt die Verfassung den Staat, die kulturellen Ausdrucksformen der indianischen, afro-brasilianischen und anderer Gruppen zu fördern, die zum nationalen kulturellen Prozess beitragen (Art. 215). Ein spezielles Kapitel (VIII) der brasilianischen Verfassung befasst sich mit dem rechtlichen Status indigener Völker und erkennt ihre soziale Organisation, ihre Sitten und Bräuche, ihre Sprachen, ihren Glauben und ihre Traditionen sowie ihre ursprünglichen Rechte an dem Land, das sie traditionell bewohnen, an.

Auch in Kanada, Australien, Malaysia und anderen Staaten wurden Gesetze über die Rechte indigener Völker erlassen. In Finnland, Schweden³ und Norwegen sind die kulturellen, sprachlichen und

² *Абашидзе А. Х., Ананидзе Ф. Р.*, Правовой статус меньшинств и коренных народов. Международно-правовой анализ. – М.: Изд-во Рос. Ун-та дружбы народов, 1997, с. 154 [*Abašidze A. Ch., Ananidze F. R.*, Rechtlicher Status von Minderheiten und indigenen Völkern, Völkerrechtliche Analyse, Moskau, Verlag der Russischen Universität für Völkerfreundschaft, 1997, S. 154].

³ *Исаев М. А.*, Основы конституционного строя Швеции: учеб. пособие / М. А. Исаев. Моск. гос. ин-т междунар. отношений (ун-т) МИД России, кафедра конституцион. права. – М.: МГИМО-Университет, 2008, с. 187-189 [*Isaev M. A.*, Grundlagen der Verfassungsordnung Schwedens: Lehrbuch / М. А. Isaev, Moskauer Staatliches Institut für

bildungsbezogenen Rechte der Sami sowohl auf Verfassungs- als auch auf Gesetzesebene ausdrücklich geschützt⁴. Die finnische Verfassung gewährt zum Beispiel den Sami als den ältesten Einwohnern des Landes (zusammen mit den Roma und anderen Gruppen) das Recht, ihre Sprache und Kultur zu schützen und zu entwickeln. Das Recht der Sami, ihre Sprache in öffentlichen Einrichtungen zu verwenden, ist gesetzlich geregelt. Im Jahr 1991 verabschiedete Finnland das Sámi-Sprachgesetz, das es den Sami im Norden Finnlands erlaubt, ihre Muttersprache in staatlichen Institutionen, vor Gerichten und im Umgang mit Ombudspersonen in Angelegenheiten, die ihre Interessen betreffen, zu verwenden. Darüber hinaus schreibt das Gesetz über Kindereinrichtungen von 1978 vor, dass die Gemeinden Kindern die Möglichkeit bieten müssen, Einrichtungen zu besuchen, in denen ihre Muttersprache – Finnisch, Schwedisch oder Samisch – gesprochen wird⁵.

In Russland sind gemäß dem Gesetz „Über die Garantien der Rechte der kleinen indigenen Völker der Russischen Föderation“ vom 30. April 1999 indigene Minderheiten diejenigen Völker, die in den traditionellen Siedlungsgebieten ihrer Vorfahren leben, ihre traditionelle Lebensweise beibehalten, deren Zahl in Russland weniger als 50.000 Personen beträgt und die sich als unabhängige ethnische Gemeinschaften verstehen⁶. Dazu gehören die indigenen Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens.

Die Haltung gegenüber den Problemen der indigenen Völker änderte sich erst allmählich als die indigenen Völker selbst zum Schutz ihrer Rechte aktiv wurden. Der Beginn dieser Bewegung war der Besuch von Delegierten amerikanischer Indianer auf der Pariser (Versailler) Friedenskonferenz im Jahr 1919, als sie sich der ganzen Welt gegenüber öffentlich zu erkennen gaben. Ab 1921 wurden im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) Untersuchungen über die Probleme der arbeitenden indigenen Bevölkerung durchgeführt. Diese Bemühungen führten insbesondere zur Verabschiedung des Übereinkommens über Zwangsarbeit von 1930 im Rahmen der IAO, des Übereinkommens über die Anwerbung von indigenen Arbeitskräften von 1936 und des Übereinkommens über Arbeitsverträge von Arbeitnehmern (der indigenen Bevölkerung) von 1939⁷. Der erste umfassende internationale Rechtsakt wurde im Rahmen der IAO am 5. Juni 1957 in Form des Übereinkommens

Internationale Beziehungen (Universität) des Außenministeriums der Russischen Föderation, Lehrstuhl für Verfassungsrecht, Moskau: MGIMO-Universität, 2008, S. 187-189].

⁴ *Васильева Т. А.* Правовой статус этнических меньшинств в странах Западной Европы, Государство и право 1992, № 8, с. 140 [*Vasil'eva T. A.*, Rechtlicher Status ethnischer Minderheiten in den Ländern Westeuropas, Staat und Recht 1992, Nr. 8, S. 140].

⁵ *Пеунперова И. Ю.*, Права национальных меньшинств и их защита в рамках Организации по безопасности и сотрудничеству в Европе (ОБСЕ), СПб.: Издательско-торговый дом «Летний сад», 2001, с. 79 [*Pešperova I. Ju.*, Die Rechte der nationalen Minderheiten und ihr Schutz im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), St. Petersburg, Verlagshaus „Letnij sad“, 2001, S. 79].

⁶ О гарантиях прав коренных малочисленных народов Российской Федерации: Закон РФ [Über die Garantien der Rechte der kleinen indigenen Völker der Russischen Föderation: Gesetz der RF], <http://duma.consultant.ru/doc.asp?ID=60305>.

⁷ *James S. Anaya*, Indigenous Peoples in International Law, Second Edition, Oxford University Press, 2004, S. 31.

über den Schutz und die Eingliederung eingeborener und anderer in Stämmen oder stammesähnlich lebender Bevölkerungsgruppen in unabhängigen Ländern (Übereinkommen Nr. 107) verabschiedet; 1989 wurde es überarbeitet und darauf aufbauend das Übereinkommen über indigene Völker (Übereinkommen Nr. 169) verabschiedet. Dies sind wichtige internationale Dokumente zum Schutz der Rechte indigener Völker⁸. In der Präambel des Übereinkommens Nr. 107 wird auf die Situation von Bevölkerungsgruppen hingewiesen, die noch nicht in die jeweilige nationale Gesellschaft, in der sie leben, integriert sind, sowie auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedingungen, die sie daran hindern, ihre Rechte im vollen Umfang wie andere Bevölkerungsgruppen zu genießen. Das Übereinkommen Nr. 107 verwendet zwei Begriffe: „Schutz“ und „Integration“, die sich gegenseitig ergänzen. Der Schutz wird in zwei Formen ausgedrückt: dauerhaft und langfristig. Die erste Form des Schutzes, die zeitlich begrenzt ist, wird in Situationen angewandt, in denen „ein Bedürfnis nach besonderem Schutz besteht“. Ein solcher Bedarf besteht, wenn die betreffenden Bevölkerungsgruppen noch nicht den Grad der Integration erreicht haben, der es ihnen ermöglicht, die Vorteile der allgemeinen Gesetze der Gesellschaft, der sie angehören, zu genießen. Eine dauerhafte Form des Schutzes ist mit dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung verbunden, der die Verpflichtung verstärkt, Bildungsmaßnahmen für andere Gruppen der nationalen Gemeinschaft zu ergreifen, um die Feindseligkeit zu beseitigen, die gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen bestehen kann. Den indigenen Völkern wird das Recht auf kollektives oder individuelles Eigentum an dem Land zuerkannt, das sich in ihrem primären Besitz befindet. Indigene Völker können jedoch von dem Land, das sie bewohnen, vertrieben werden, wenn nationale Sicherheitserwägungen oder Interessen der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung dies erfordern. Im Fall einer solchen Zwangsumsiedlung soll eine Entschädigung erfolgen, das heißt, den indigenen Völkern soll anderes Land zur Verfügung gestellt werden, das in seiner Qualität mit ihrem ursprünglichen Land vergleichbar ist. Das Übereinkommen Nr. 107 trägt der Gefahr Rechnung, die die Neubewertung von Werten und die Umgestaltung der Institutionen einer bestimmten Bevölkerung darstellen kann, wenn diese ohne die Zustimmung der betroffenen Gruppen erfolgt. Indigene Völker sollen nur ihre eigenen Bräuche und Einrichtungen beibehalten dürfen, die nicht mit der nationalen Rechtsordnung sowie den Zielen der Integrationsprogramme des Landes unvereinbar sind. Die von den indigenen Völkern angewandten Methoden der sozialen Kontrolle sowie ihre Bräuche im Zusammenhang mit Bestrafungen sollen von den Behörden bzw. den Gerichten angewandt werden, jedoch nur „in den Grenzen, die mit den Interessen der nationalen Gemeinschaft“ und „mit der Rechtsordnung des Landes“ vereinbar sind“. „Soweit wie möglich“ sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die Muttersprache oder den lokalen Dialekt zu bewahren, jedoch sollte ein stufenweiser

⁸ James S. Anaya, *Indigenous Peoples in International Law*, Second Edition, Oxford University Press, 2004, S. 58.

Übergang von der Muttersprache oder dem lokalen Dialekt zur Landessprache oder einer der Amtssprachen des Landes in Erwägung gezogen werden.

Ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung der Rechte indigener Völker im Völkerrecht war die Verabschiedung der UN-Erklärung „Über die Rechte indigener Völker“ am 13. September 2007, deren Ausarbeitung 20 Jahre dauerte. Ein bedeutender Beitrag der Erklärung zum System des internationalen Schutzes indigener Völker war die Berücksichtigung der kollektiven Rechte dieser ethnischen Gruppe. Vor der Verabschiedung der Erklärung waren die Gruppenrechte im Völkerrecht nur unzureichend geschützt: Die Anerkennung individueller Rechte wurde als ausreichend angesehen, um Rechte zu schützen, die kollektive Interessen betreffen (zum Beispiel kulturelle Rechte)⁹. In dem Dokument werden die kollektiven und individuellen Rechte der indigenen Völker gesondert erklärt: das Recht auf Selbstbestimmung; das Recht auf Autonomie oder Selbstverwaltung in Angelegenheiten, die ihre internen und lokalen Angelegenheiten betreffen; das Recht, ihre ursprünglichen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Institutionen zu erhalten und zu stärken; das Recht auf Staatsbürgerschaft; das Recht auf Leben, körperliche und geistige Unversehrtheit, Freiheit und persönliche Sicherheit; das Recht, nicht der Zwangsassimilation oder der Zerstörung ihrer Kultur unterworfen zu werden; indigene Völker dürfen nicht gewaltsam von ihrem Land oder ihren Territorien vertrieben werden; das Recht, ihre kulturellen Traditionen und Bräuche zu wahren und wiederzubeleben; das Recht, ihre spirituellen und religiösen Traditionen, Bräuche und Riten zu offenbaren, auszuüben, weiterzuentwickeln und weiterzugeben; das Recht, ihre Geschichten, Sprachen, mündlichen Volkstraditionen, Philosophien, Schriftsysteme und literarischen Werke wiederzubeleben, zu nutzen, weiterzuentwickeln und an künftige Generationen weiterzugeben; das Recht, ihre Bildungssysteme und Bildungseinrichtungen mit ihrer Muttersprache als Unterrichtssprache in einer Weise einzurichten und zu kontrollieren, die mit ihrer kulturellen Tradition des Lernens und des Wissenserwerbs vereinbar ist; das Recht, eigene Massenmedien in ihrer Muttersprache zu gründen und ohne jegliche Diskriminierung Zugang zu allen Arten von nicht-indigenen Medien zu haben; das Recht, ohne jegliche Diskriminierung die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen ihres Lebens zu verbessern, insbesondere in Bereichen wie Bildung, Beschäftigung, berufliche und technische Ausbildung und Umschulung, Bereitstellung von Wohnraum und einer sicheren Umgebung, Gesundheitsfürsorge, soziale Sicherheit und andere.

Auch in der Verfassung der Ukraine werden die Rechte der indigenen Völker erwähnt. Art. 11 legt fest, dass der Staat die Entwicklung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität aller indigenen Völker der Ukraine fördert. Im Jahr 2021 wurde das Gesetz „Über die indigenen

⁹ Gargett, Andy (2013), The United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples. A Manual for National Human Rights Institutions, S. 10.

Völker der Ukraine“ verabschiedet. In diesem Gesetz wird ein indigenes Volk der Ukraine als eine autochthone ethnische Gemeinschaft definiert, die sich auf dem Territorium der Ukraine herausgebildet hat, die als Muttersprache eine ursprüngliche Sprache spricht und eine ursprüngliche Kultur vertritt, die über traditionelle, soziale, kulturelle oder repräsentative Strukturen verfügt, sich selbst als indigenes Volk der Ukraine betrachtet, innerhalb der Gesamtbevölkerung eine ethnische Minderheit bildet und über kein eigenes staatliches Gebilde außerhalb der Ukraine verfügt. Lange Zeit herrschte in der wissenschaftlichen Literatur keine einheitliche Meinung darüber, welche ethnischen Gruppen als autochthone Völker der Ukraine eingestuft werden sollten. Einige Wissenschaftler sind sogar der Ansicht, dass die Krimtataren kein indigenes Volk auf der Krim sind¹⁰. Am anderen Ende des Spektrums schlagen andere Autoren vor, Russen, Belarussen, Ungarn, Slowaken, Moldawier, Krimtataren, Karäer und Krimtschaken sowie diejenigen einzubeziehen, die im 18. und 19. Jahrhundert in die unbewohnten Gebiete der Südukraine gezogen sind und auf dem von ihnen erschlossenen Land leben, d.h. Bulgaren, Griechen, Albaner, Serben und Gagausen¹¹. Die am weitesten verbreitete Ansicht unter Wissenschaftlern ist, dass die Krimtataren (etwa 250.000 Personen in der Ukraine), die Karäer (1.196) und die Krimtschaken (406) als die indigenen Völker der Ukraine eingestuft werden sollten. Diese Auffassung findet ihre Bestätigung im Gesetz über die indigenen Völker, das festlegt, dass die auf der Halbinsel Krim entstandenen indigenen Völker der Ukraine die Krimtataren, Karäer und Krimtschaken sind. Es ist hervorzuheben, dass die Ukraine diese ethnischen Gruppen lange Zeit nicht als indigene Völker anerkannte. Erst in der schwierigen Zeit des Jahres 2014 (20. März) verabschiedete die Verchovna Rada der Ukraine den Beschluss Nr. 1140-VII „Über die Erklärung der Verchovna Rada der Ukraine zu den Garantien der Rechte des krimtatarischen Volkes als Teil des ukrainischen Staates“, die die Erhaltung und Entwicklung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität des krimtatarischen Volkes als indigenes Volk garantiert¹². Es sollte auch betont werden, dass der Standpunkt, dass sie zu den indigenen Völkern gehören, unter den Vertretern der ethnischen Gruppe der Gagausen recht weit verbreitet ist. Insbesondere Olga Kulaksyz, Leiterin der nationalen Kulturorganisation der Gagausen, stellte dies in einem Interview fest. Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Gagausen nach Bessarabien (Budžak), in den Süden der Ukraine und in den

¹⁰ Алексеев В., Терехов В., Татари Крима – аборигены или пришельцы, Журналист 1997, № 44, с. 4 [Alekseev V., Terechov V., Tataren auf der Krim – Ureinwohner oder Einwanderer, Journalist 1997, Nr. 44, S. 4].

¹¹ Петков В.П., Петков С.В., Питання наукової розробки проблеми правового статусу національних меншин в Україні, Вісник Луганського інституту внутрішніх справ 1998, № 2, с. 56 [Pjetkov V.P., Pjetkov S.V., Fragen der wissenschaftlichen Untersuchung des Problems des rechtlichen Status der nationalen Minderheiten in der Ukraine, Bulletin des Luhansker Instituts für innere Angelegenheiten 1998, Nr. 2, S. 56].

¹² Про Заяву Верховної Ради України щодо гарантій прав кримськотатарського народу у складі Української держави: Постанова Верховної Ради України від 20 березня 2014 р. № 1140-VII, Офіційний вісник, 2014 р., № 26, ст. 761 [Über die Erklärung der Verchovna Rada der Ukraine zu den Garantien der Rechte des krimtatarischen Volkes als Teil des ukrainischen Staates: Beschluss Nr. 1140-VII vom 20. März 2014, Oficijnyj visnyk 2014, Nr. 26, Pos. 761].

Süden Moldawiens umgesiedelt. Heute lebt ein Teil von ihnen in Moldawien (und hat die autonome Region Gagauz Yeri gegründet), ein anderer in der Region Odesa (etwa 40.000)¹³.

Das Gesetz über indigene Völker garantiert das Recht auf Selbstbestimmung innerhalb der Ukraine, was bedeutet, dass sie ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei gestalten können, das Recht auf Selbstverwaltung in Angelegenheiten, die ihre inneren Angelegenheiten betreffen, haben usw. Die indigenen Völker der Ukraine haben das Recht auf gleichen Rechtsschutz. Jegliche Diskriminierung der indigenen Völker der Ukraine bei der Ausübung ihrer Rechte ist verboten. Außerdem werden den indigenen Völkern kulturelle Rechte garantiert, die sich in den Möglichkeiten manifestieren, ihre spirituellen, religiösen und kulturellen Traditionen und Bräuche zu beobachten, wiederzubeleben und weiterzuentwickeln sowie ihr materielles und immaterielles Kulturerbe zu bewahren. Sie haben das Recht, eigene Bildungseinrichtungen zu gründen oder mit Bildungseinrichtungen aller Eigentumsformen zusammenzuarbeiten, um das Studium von Sprache, Geschichte und Kultur zu gewährleisten. Durch ihre Vertretungsorgane haben sie das Recht, ihre eigenen Medien zu schaffen. Über ihre Vertretungsorgane haben sie das Recht, Prioritäten zu setzen und Strategien zu entwickeln, um ihr Recht auf Entwicklung wahrzunehmen, das in der Entwicklung und Umsetzung von staatlichen und regionalen Programmen besteht. Die indigenen Völker der Ukraine haben das Recht auf Zugang zu finanzieller, technischer, karitativer und humanitärer Unterstützung durch ausländische Staaten, internationale Organisationen, juristische Personen und Einzelpersonen. Außerdem ist ihnen eine finanzielle Unterstützung für die Tätigkeiten ihrer Vertretungsorgane garantiert, die aus dem Staatshaushalt der Ukraine im Rahmen eines gesonderten Haushaltsprogramms bereitgestellt wird.

In diesem Zusammenhang sind das Bildungsgesetz der Ukraine, das den Unterricht in der krimtatarischen Sprache auf allen Bildungsebenen garantiert, sowie die staatliche Garantie der Sprachrechte der Krimtataren im Bereich der Buchveröffentlichung und des Informationsraums zu nennen.

Erwähnenswert ist auch die Arbeit der Verfassungskommission in den Jahren 2015-2016 in Bezug auf Änderungen der Verfassung im Hinblick auf die Überarbeitung des rechtlichen Status der Autonomie der Krim. Insbesondere wurde vorgeschlagen, ihren Charakter zu überarbeiten und sie mehr als nationale Autonomie innerhalb der Ukraine zu betrachten. Im Gespräch mit Vertretern der Medschlis des krimtatarischen Volkes wurde ferner die Meinung geäußert, dass es den sogenannten Krim-Frühling und die Besetzung der Halbinsel nicht gegeben hätte, wenn die Ukraine bereits in den 1990er Jahren solche gesetzlichen Bestimmungen erlassen hätte.

¹³ Гагаузи в Україні: історія, побут, мова і «Заповіт» Шевченка гагаузькою [Die Gagausen in der Ukraine: Geschichte, Alltag, Sprache und Ševčenkos „Testament“ auf Gagausisch], https://risu.ua/gagauzi-v-ukrayini-istoriya-pobut-mova-i-zapovit-shevchenka-gagauzkoyu_n142331#goog_rewarded.

2. Die Geschichte der Tragödie der Krimtataren und die Bemühungen um die Rehabilitierung der Rechte dieser ethnischen Gruppe während der Sowjetzeit

Im Jahr 1944, nach der Befreiung der Krim durch die sowjetische Armee, beschlossen Stalin und Beria die gewaltsame Vertreibung des krimtatarischen Volkes aus seiner historischen Heimat nach Zentralasien, die vom 18. bis 21. Mai desselben Jahres stattfand. Diese ethnische Säuberung wurde vom Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR auf Befehl von Josef Stalin und gemäß der Resolution des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR vom 11. Mai 1944 durchgeführt. Nach offiziellen Angaben wurden insgesamt 191.044 Krimtataren in entlegene Regionen der Sowjetunion, die Republiken Zentralasiens, deportiert. Einzelpersonen hatten 15-20 Minuten Zeit, um ihre Sachen einzupacken. Offiziell hatte jede Familie das Recht, bis zu 500 kg Gepäck mitzunehmen, doch in Wirklichkeit war es deutlich weniger – und manchmal sogar gar nichts. Die Menschen wurden mit Lastwagen zu den Bahnhöfen gebracht. Von dort aus wurden fast 70 Staffeln mit fest verschlossenen Güterwagen voller Menschen in den Osten geschickt. Etwa 8.000 Menschen starben während der Umsiedlung, die meisten von ihnen Kinder und ältere Menschen. Die häufigsten Todesursachen waren Durst und Typhus.

Der Grund für die Deportation war die von den sowjetischen Behörden fingierte Anschuldigung, dass alle Krimtataren mit Nazi-Deutschland kollaboriert hätten. Während der Vertreibung und in den ersten Jahren danach starben nach offiziellen Angaben des NKWD zwischen 27% und 46,2% der Deportierten¹⁴. Andere, inoffizielle Gründe für die Umsiedlung werden von Historikern angeführt. Darunter die Tatsache, dass die Krimtataren historisch eng mit der Türkei verbunden waren, die die UdSSR damals als potenziellen Rivalen betrachtete. In den Plänen der Sowjetunion war die Krim ein strategischer Stützpunkt für den Fall eines möglichen Konflikts mit diesem Land, und Stalin wollte sich vor möglichen Saboteuren und Verrätern schützen und betrachtete die Tataren als solche. Diese Theorie wird auch durch die Tatsache gestützt, dass andere muslimische Volksgruppen aus den an die Türkei angrenzenden kaukasischen Regionen umgesiedelt wurden: Tschetschenen, Ingušeten, Karačaiern und Balkaren¹⁵.

¹⁴ Кримські татари: шлях до повернення: Кримськотатарський національний рух (друга половина 1940-х – початок 1990-х років) очима радянських спецслужб: Зб. док. та матеріалів НАН України, Інститут історії України; Головна редакційна колегія науково-документальної серії книг «Реабілітовані історією»; Державний архів СБ України; Кам'янець-Подільський державний університет, ч. 1, К.: Інститут історії України, 2004 [Krimtataren: Der Weg in die Heimat: Die nationale Bewegung der Krimtataren (zweite Hälfte der 1940er bis Anfang der 1990er Jahre) aus der Sicht der sowjetischen Spezialdienste: Eine Sammlung von Dokumenten und Materialien der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Institut für Geschichte der Ukraine; Hauptredaktionsausschuss der wissenschaftlichen und dokumentarischen Buchreihe „Rehabilitiert durch die Geschichte“; Staatsarchiv des Sicherheitsdiensts der Ukraine; Kamjanec'-Podil's'kyj Staatliche Universität, Teil 1, Kyiv: Institut für Geschichte der Ukraine].

¹⁵ Депортація кримських татар: як і чому СРСР вчинив злочин проти корінного народу [Deportation der Krimtataren: Wie und Warum die UdSSR ein Verbrechen gegen das indigene Volk beging], <https://www.bbc.com/ukrainian/articles/cx8qjx3pgego>.

Die Mehrheit der Wissenschaftler, die sich mit dieser Tragödie befassen, belegt, dass das Hauptziel der Deportation die endgültige Russifizierung – oder genauer gesagt, die Enttatarisierung – der Krim war, um die indigene Bevölkerung vollständig zu entfernen und Platz für eine völlig neue Gesellschaft aus Einwanderern zu schaffen, die aus der gesamten Sowjetunion, insbesondere aus dem Süden Russlands, auf die Halbinsel kamen. Diese Einwanderer wurden einer intensiven Propaganda ausgesetzt, um ein Modell der „idealen sowjetischen Gesellschaft“ zu formen.

Nach Angaben der Abteilung für Sondersiedlungen des NKWD der UdSSR befanden sich im November 1944 193.865 Krimtataren im Exil: 151.136 von ihnen in Usbekistan, 8.597 in der Mari ASSR und 4.286 in der Kasachischen SSR. Der Rest wurde „zur Verwendung bei Arbeiten“ auf die Gebiete Molotov, jetzt Perm (10.555), Kemerovo (6.743), Gorki (5.095), Sverdlovsk (3.594), Ivanovsk (2.800) und Jaroslavl (1.059) der RSFSR verteilt¹⁶.

In der Sowjetzeit war der erste Versuch, das krimtatarische Volk zu rehabilitieren, der Beschluss des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR von 1967. Mit dem Dekret Nr. 493 vom 5. September 1967 „Über die auf der Krim lebenden Bürger tatarischer Nationalität“ räumte das Präsidium ein, dass „nach der Befreiung der Krim von der nationalsozialistischen Besatzung im Jahr 1944 die Tatsache der aktiven Kollaboration eines Teils der auf der Krim lebenden Tataren mit den deutschen Invasoren unrechtmäßig der gesamten tatarischen Bevölkerung der Krim zur Last gelegt wurde.“ Es hob die Beschlüsse der staatlichen Behörden in dem Teil auf, der Anschuldigungen gegen „auf der Krim lebende Bürger tatarischer Nationalität“ enthielt, argumentierte jedoch, dass diese „auf dem Territorium der usbekischen und anderer Unionsrepubliken Wurzeln geschlagen“ hätten. In dem unmittelbar danach verabschiedeten Beschluss des Präsidiums des Obersten Rates Nr. 494, hieß es, dass „Bürger tatarischer Nationalität ... und ihre Familienangehörigen wie alle Bürger der UdSSR das Recht haben, sich auf dem gesamten Territorium der Sowjetunion in Übereinstimmung mit der geltenden Gesetzgebung zum Arbeits- und Passrecht aufzuhalten.“ Die Klausel zum „Passrecht“ enthielt einen Haken, da sie die Schaffung administrativer Hindernisse auf dem Weg zur Krim implizierte. Bis Ende September 1967 waren etwa 2.000 Krimtataren auf der Halbinsel angekommen, aber fast keiner von ihnen wurde registriert. Damit wurde Problem der Krimtataren mit diesem Dekret nicht gelöst, sondern nur seine Lösung vorgetäuscht.

Vertreter des krimtatarischen Volkes betonten, dass diese Resolution den Krimtataren tatsächlich keine Möglichkeiten bot, in ihre Heimat zurückzukehren. Diejenigen, die zurückkehrten, ließen sich

¹⁶ Інформаційні матеріали до Дня пам'яті жертв геноциду кримськотатарського народу (18 травня) та Дня пам'яті жертв політичних репресій (19 травня) [Informationsmaterialien zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Völkermords am krimtatarischen Volk (18. Mai) und zum Tag des Gedenkens an die Opfer politischer Repressionen (19. Mai)], <https://uinp.gov.ua/informaciyni-materialy/zhurnalistam/informaciyni-materialy-do-dnya-pamyati-zhertv-genocydu-krymskotatarskogo-narodu-18-travnja-ta-dnya-pamyati-zhertv-politychnyh-represiy-19-travnja>.

in der Region Cherson oder in der Region Krasnodar nieder, die an die Krim angrenzen. Diejenigen, die versuchten, auf der Krim zu leben, wurden entweder vom KGB verfolgt oder waren mit unerträglichen Lebensbedingungen konfrontiert. Sie erhielten z.B. keine Arbeit oder wurden auf der Halbinsel nicht registriert.

Erst Ende der 1980er Jahre hörten die sowjetischen Behörden auf, den Prozess der Rückkehr der Krimtataren in ihre historische Heimat zu erschweren.

Hervorzuheben ist, dass der ukrainische Staat erst nach der Besetzung der Krim im Jahr 2014 die Deportation der Krimtataren von der Krim im Jahr 1944 als Völkermord am krimtatarischen Volk anerkannte und den 18. Mai zum Gedenktag für die Opfer des Völkermords an den Krimtataren erklärte (Beschluss der Verchovna Rada der Ukraine von 2015).

3. Die Rehabilitierung der Krimtataren zwischen der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine und der Besetzung der Krim durch Russland im Jahr 2014

Nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine begannen die Krimtataren, vollständig auf die Halbinsel zurückzukehren. Im Jahr 2013 machten sie fast 14% der Bevölkerung der Krim aus.

Trotz mehrerer Versuche, die Rechte deportierter Personen gesetzlich wiederherzustellen, das Gesetz der Ukraine „Über die Wiederherstellung der Rechte von Personen, die aufgrund ihrer Nationalität deportiert wurden“ erst nach der Besetzung der Krim im April 2014 verabschiedet wurde¹⁷.

Mit welchen Problemen waren die Vertreter der Krimtataren bei der Rehabilitierung ihres Rechtsstatus und der Wiederherstellung ihrer Rechte als autonomes indigenes Volk konfrontiert?

Das erste Problem war die Frage der krimtatarischen Staatsbürgerschaft. Die Hauptprobleme hingen mit der Bürokratisierung des Rückkehrverfahrens zusammen. Die Erlangung einer Einwanderungserlaubnis, verbunden mit der Notwendigkeit, die bisherige Staatsbürgerschaft Usbekistans, Kasachstans, Tadschikistans usw. aufzugeben, führte dazu, dass einige Angehörige des tatarischen Volkes staatenlos wurden.

Darüber hinaus waren einige Vertreter des krimtatarischen Volkes staatenlos. In Anbetracht dessen sei darauf hingewiesen, dass die Führungspersonen des krimtatarischen Volkes betonten, dass die ukrainischen Behörden stets erhebliche Anstrengungen unternommen hätten, um die Frage der

¹⁷ Про відновлення прав осіб, депортованих за національною ознакою: Закон України від 17 квітня 2014 року № 1223-VII, Відомості Верховної Ради (ВВР) 2014, № 26, ст. 896 [Über die Wiederherstellung der Rechte von Personen, die aufgrund ihrer Nationalität deportiert wurden: Gesetz der Ukraine Nr. 1223-VII vom 17. April 2014, Vidomosti Verchovnoï Rady (VVR) 2014, Nr. 26, Pos. 896].

ukrainischen Staatsbürgerschaft für die Deportierten und ihre Familienangehörigen auf der Krim zu lösen¹⁸.

Gleichzeitig kommt es nach Angaben des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten trotz der Einfachheit des Einbürgerungsverfahrens in der Praxis zu einer Reihe von Komplikationen. Erstens kommen viele ehemals deportierte Personen ohne originale Geburtsurkunden, Nachweise familiärer Bindungen oder Deportationsunterlagen an. Da der Staat ehemals Deportierten keine unentgeltliche Rechtsberatung gewährt, bietet der UNHCR weiterhin Unterstützung bei der Beantragung der erforderlichen Dokumente bei den Standesämtern und anderen staatlichen Stellen an. Zweitens können selbst mit den richtigen Dokumenten kleine Rechtschreib- und Transliterationsfehler große Probleme verursachen. Inhaber solcher Dokumente werden aufgefordert, sich an die Behörden oder Gerichte des Landes ihres früheren Wohnsitzes oder ihrer Staatsangehörigkeit zu wenden, um die Fehler korrigieren zu lassen. Drittens haben etwa 8% der ehemals deportierten Personen Probleme mit der Bearbeitung der Einbürgerungsdokumente aufgrund von Ungenauigkeiten in den Dokumenten, die sie aus dem Land ihres vorherigen Wohnsitzes mitgebracht haben¹⁹.

Im Jahr 2013 waren etwa 500 Angehörige des krimtatarischen Volkes als staatenlos gemeldet, obwohl die tatsächliche Zahl dieser Personen viel höher war.

Zweitens ist die Wiederherstellung des Rechts auf Grund und Boden und der Eigentumsrechte der Angehörigen der Krimtataren auf der Krim seit Jahrzehnten das akuteste politische und humanitäre Problem der Krim seit der Rückkehr der Krimtataren.

Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten analysierte dieses Problem und stellte fest, dass die Wurzeln der Bodenstreitigkeiten in den Deportationen aus nationalen Gründen in den 1940er Jahren sowie im Versagen offizieller Mechanismen zur Lösung von Problemen bei der massenhaften Rückkehr liegen. Die Rückkehr erfolgte in Wellen, und jede Welle von Personen, die in die Ukraine zurückkehrten, war mit anderen Umständen konfrontiert. Die erste Welle kehrte in den letzten Jahren des Bestehens der Sowjetunion im Rahmen eines groß angelegten staatlichen Umsiedlungsprogramms zurück, das Ende 1989 von der Staatskommission für krimtatarische Angelegenheiten angekündigt wurde. Die Behörden planten den Bau von etwa 80 Siedlungen in wirtschaftlich rückständigen Gebieten der Krim, um die Rückkehrer für die Arbeit in kollektiven Landwirtschaftsbetrieben zu gewinnen. Dieses stark zentralisierte und überbürokratisierte Programm stieß plötzlich

¹⁸ Кримськотатарська проблема і роль держави в її розв'язанні [Das krimtatarische Problem und die Rolle des Staates bei dessen Lösung], <https://www.radiosvoboda.org/a/875226.html>.

¹⁹ Інтеграція раніше депортованих осіб у Криму, Україна. Оцінка потреб, Серпень 2013 р., Верховний комісар ОБСЄ у справах національних меншин [Integration der ehemals deportierten Personen auf der Krim, Ukraine. Bedarfsanalyse, August 2013, Hoher Vertreter der OSZE für nationale Minderheiten], <https://www.osce.org/files/f/documents/c/1/110113.pdf>.

auf unvorhergesehene Umstände: den Bankrott und Zusammenbruch der UdSSR und eine große Zahl spontaner Rückkehrer, die nicht in das Programm eingebunden waren. Viele Krimtataren, die mit der langsamen Umsetzung des staatlichen Programms unzufrieden waren, begannen auf eigene Faust zurückzukehren und errichteten nicht genehmigte Siedlungen. Nach einigen Jahren waren mehr als 200.000 Krimtataren in ihre historische Heimat zurückgekehrt, trotz der ungünstigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in der Ukraine in den 1990er Jahren. Da es keinen rechtlichen Rahmen und kein umfassendes staatliches Programm gab, wurde die Hauptlast der Integration der Krimtataren zunächst von den lokalen Behörden getragen, die auf eine solche Herausforderung nicht vorbereitet waren. Es vergingen mehrere Jahre, bis die neue ukrainische Staatsführung ein nationales Programm für die Rückführung der Krimtataren vorlegen konnte. Bis ein solches Programm auf den Weg gebracht wurde, begannen die zuvor deportierten Krimtataren, sich in großer Zahl auf dem Territorium der Halbinsel Krim anzusiedeln und kompakte Siedlungen zu schaffen²⁰.

In diesem Zusammenhang ist ein Beschluss des Ministerkabinetts der Ukraine aus dem Jahr 2004 „Über Maßnahmen zur Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der deportierten Krimtataren und Personen anderer Nationalitäten, die zur ständigen Wohnsitznahme in die Ukraine zurückgekehrt sind“ zu erwähnen, dass Siedlungen mit Wasser versorgt werden müssen und dass ehemals deportierte Personen eine einmalige Zahlung in Höhe von höchstens 30 monatlichen Mindestarbeitslöhnen (ca. 2.900 US-Dollar im Jahr 2009) für den Bau von Wohnungen erhalten müssen. Früher verfügte das staatliche Programm über ein durchschnittliches Jahresbudget von ca. 10 Millionen US-Dollar, das inzwischen jedoch deutlich reduziert wurde. Nach Angaben der ukrainischen Regierung wurden seit 1991 etwa 1,2 Milliarden Hrywnja (150-300 Millionen US-Dollar) aus dem Haushalt für die Bedürfnisse von ehemals deportierten Personen ausgegeben.

Nach Schätzungen verschiedener Menschenrechtsorganisationen ehemals deportierte Personen, die aus Usbekistan zurückgekehrt sind, durchschnittlich 550 US-Dollar pro Person für den Umzug und den Transport von persönlichem Eigentum ausgegeben haben. Ein erheblicher Teil dieser Kosten hätte nach Abschluss des Einbürgerungsverfahrens der ehemals deportierten Person erstattet werden müssen. Zwischen 1999 und 2011 erhielten jedoch nur 23.202 deportierte Personen, oder etwa 16% der Gesamtzahl der ehemals deportierten Personen, die in diesem Zeitraum die ukrainische Staatsbürgerschaft erhielten, eine Erstattung.

²⁰ Інтеграція раніше депортованих осіб у Криму, Україна. Оцінка потреб. Серпень 2013 р. Верховний комісар ОБСЄ у справах національних меншин [Integration der ehemals deportierten Personen auf der Krim, Ukraine. Bedarfsanalyse, August 2013, Hoher Vertreter der OSZE für nationale Minderheiten], <https://www.osce.org/files/f/documents/c/1/110113.pdf>.

Auch die Lösung der Landprobleme der Krimtataren kam aufgrund der ungünstigen politischen Situation in der Krimgesellschaft nicht zustande. Die prussischen Kräfte haben die zahlreichen neu angekommenen Krimtataren, die größtenteils überzeugte Anhänger der ukrainischen Staatlichkeit waren, stets als zusätzliche Belastung und als neue politische Gegner betrachtet. Die Beziehungen zwischen den ehemals deportierten Personen und der russischsprachigen Gemeinschaft waren stets angespannt und von Misstrauen geprägt²¹.

Nach Angaben der Medschlis des krimtatarischen Volkes konnten die Krimtataren, die auf die Krim zurückkehrten, ihre historischen Ländereien, insbesondere an der Südküste, nicht für sich beanspruchen und mussten sich nach Alternativen an anderen Orten umsehen, vor allem in der Umgebung von Großstädten wie Simferopol und Bachčysaraj oder in den Regionen Bilohirskyj, Pervomajskyj, Kirovskyj und Radjanskyj. Daher fühlten sich die ehemals deportierten Personen nicht nur ihres angestammten Landes beraubt, sondern auch wirtschaftlich benachteiligt im Vergleich zur übrigen Krimbevölkerung. Nach der massenhaften Rückkehr der Krimtataren Anfang der 1990er Jahre wurde ihnen untersagt, sich in der Region der Krim niederzulassen, die aus Sicht der Entwicklungsmöglichkeiten wirtschaftlich am attraktivsten und interessantesten war²².

Das drängendste Problem in den Beziehungen der Krimtataren zur Staatsmacht und zur autonomen Macht war die Frage der Selbstbesetzung von Land. Das Problem der unbefugten Landnahme, das in der Ukraine als „Selbstbesetzung“ bekannt ist, ist also ein spezifisches Phänomen der Krim, eine Folge sowohl des ungesteuerten Rückkehrprozesses als auch der oben beschriebenen tatsächlichen oder empfundenen Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Land. Verschiedenen Quellen zufolge gab es mehr als 50 nicht genehmigte Siedlungen von Krimtataren. Viele ehemals deportierte Personen bauten auf eigene Kosten und ohne behördliche Genehmigung Wohnungen, wobei sie oft feste Siedlungen bildeten. Viele dieser Siedlungen wurden von den Behörden nachträglich legalisiert. Die Selbstbesetzung war auch ein Protest gegen die ungerechte und intransparente Landverteilung auf der Halbinsel. Dieses Szenarium spielte sich größtenteils in den Außenbezirken von Simferopol ab; es bestand aus Mahnwachen, Slogans und einer ständigen Präsenz auf den eroberten Grundstücken, die als „Protestfelder“ bezeichnet wurden.

Ein Beispiel für solche Konflikte ist der Fall aus dem Jahr 2006, als die Bewohner des Dorfes Partenit die Straße blockierten und damit die Einfahrt von etwa 600 Autos von Krimtataren verhinderten, die

²¹ Кримський соціум: лінії поділу та перспективи консолідації (Аналітична доповідь Центру Разумкова, 2009) [Krimgesellschaft: Trennlinien und Perspektiven für eine Konsolidierung (Analytischer Bericht des Razumkov-Zentrums, 2009)], https://razumkov.org.ua/uploads/journal/ukr/NSD109_2009_ukr.pdf.

²² Курбатов С., Репатріація у контексті міжетнічних стосунків: кримські татари в Україні [Kurbatov S., Repatriierung im Kontext interethnischer Beziehungen: Krimtataren in der Ukraine], https://ukr-socium.org.ua/wp-content/uploads/2006/04/89-96__no-2__vol-13__2006__UKR.pdf.

eine Gedenkfahrt für die Opfer politischer Unterdrückung abhielten. Wie der Dorfvorsteher feststellte, glaubten die Bewohner, dass die Krimtataren Selbstbesetzung betreiben könnten²³.

Auf Initiative der autonomen Behörden der Krim hat die Verchovna Rada 2007 ein Gesetz über die Verantwortung für die Selbstbesetzung von Land verabschiedet. Diese Phase war geprägt von Vertreibungsaktionen und Zusammenstößen zwischen Krimtataren und ukrainischen Rechtsschutzbehörden, von denen der bekannteste während des gewaltsamen Abrisses von Gebäuden auf dem Aj-Petri Plateau im November 2007 stattfand, als etwa 1.000 Spezialkräfte der Polizei mit Hunderten von Krimtataren zusammenstießen, die versuchten, sich dem Abriss ihrer Wohn- und Geschäftshäuser zu widersetzen²⁴. Die Krimtataren versuchten, in die Gebiete zurückzukehren, in denen sie bis 1944 gesiedelt hatten.

Die Haltung der Behörden schwankte zwischen repressiven und versöhnlichen Maßnahmen, bevorzugte aber in den meisten Fällen letztere. Im Allgemeinen haben die ukrainischen Behörden sowie die Behörden der Autonomiegebiete – mit Ausnahme der Gewaltmaßnahmen von 2007 – umsichtig auf den Einsatz von Gewalt bei direkten Konfrontationen mit den Beteiligten der Selbstaneignung verzichtet und erkannt, dass solche Handlungen ein Konfliktpotenzial in sich bergen.

Nach Angaben des Republikanischen Komitees für Bodenangelegenheiten wurden 2010 auf der Krim von fast 16.000 Personen etwa 1.300 Hektar Land unbefugt in Besitz genommen. Etwa 70% dieser Personen waren Krimtataren, die von Orten der Deportation in ihre Heimat zurückgekehrt waren, 30% gehörten der slawischen Nationalität an²⁵.

Die ukrainischen Behörden hätten in der Frage der Wiederherstellung der Rechte von Angehörigen des krimtatarischen Volkes ähnlich wie die Behörden der baltischen Staaten handeln sollen. Die lettische Restitutionsgesetzgebung sah vor allem die Rückgabe von Immobilien an frühere Eigentümer, denen sie während des Sowjetregimes entzogen worden waren, oder an deren Nachkommen vor. Je nach Wunsch konnten Immobilien ganz oder teilweise zurückerhalten werden; alternativ war eine finanzielle Entschädigung auf Grundlage einer staatlichen Bewertung möglich; ehemalige Eigentümer und Nachkommen von Immobilien oder Grundstücken konnten, sofern gewünscht, auch vergleichbare Immobilien an anderer Stelle erhalten.

Die alten Eigentumsrechte des unabhängigen Lettlands waren noch in Erinnerung und wurden wertgeschätzt. Das zentrale Prinzip der Gerechtigkeit war die Restitution, die den ursprünglichen

²³ В Криму самозахватами занято 1300 гектаров землі [Auf der Krim sind 1.300 Hektar Land besetzt], <https://korrespondent.net/ukraine/events/413559-v-krumu-samozahvatami-zanyato-1300-gektarov-zemli>.

²⁴ На Кримських татар спустили тисячу озброєних бійців «Беркуту» [Auf die Krimtataren wurden tausend bewaffnete Kämpfer der Spezialeinheit „Berkuť“ losgelassen], <https://www.pravda.com.ua/news/2007/11/6/3314143/>.

²⁵ Самозахоплення в Криму [Selbstbesetzung auf der Krim], https://www.bbc.com/ukrainian/ukraine/2010/02/100205_crimea_land_ns.

Eigentümern und gesetzlichen Erben alles zurückgab und sie im Wesentlichen legitimierte. Die Restitution von landwirtschaftlichen Flächen und Immobilien wurde schnell und mit großem Erfolg durchgeführt. Zur Umsetzung der Restitution wurden zwei entsprechende Gesetze verabschiedet: „Über die Renationalisierung von Gebäudeeigentum“ und „Über die Rückgabe von Gebäudeeigentum an die rechtmäßigen Eigentümer“. Sie wurden vom Obersten Rat der Republik Lettland am 30. Oktober 1991 verabschiedet und traten 1992 in Kraft. Mit dem ersten wurden das Dekret des Obersten Rates der Lettischen SSR vom 28. Oktober 1940 „Über die Verstaatlichung größerer Gebäude“ sowie alle auf darauf basierenden normativen Rechtsakte für ungültig erklärt. Auch das Dekret vom 14. März über die Überführung des Eigentums von Landbesitzern, Großgrundbesitzern und Kulaken in den Staatsfonds sowie alle Dekrete über die Verstaatlichung einzelner Besitzungen wurden aufgehoben. Mit dem zweiten Gesetz wurden die Rechte ehemaliger Hauseigentümer wiederhergestellt, deren Vermögen während der gesamten Sowjetzeit in Lettland zugunsten des Staates oder juristischer Personen konfisziert worden war, und zwar unabhängig von der aktuellen Staatsangehörigkeit des Eigentümers. Die Frage der Rückgabe von Eigentum an seine rechtmäßigen Eigentümer wurde den Gemeinden überlassen. Zwischen 1992 und 2002 wurden in Lettland nach Angaben des Zentralen Statistikamts 10.321 Wohngebäude, 78.000 Wohnungen (8% der Gesamtzahl der Wohneinheiten) mit einer Gesamtfläche von 3,6365 Millionen Quadratmetern (6,6% der Gesamtfläche des Wohnraums) entstaatlicht oder an ihre früheren Eigentümer zurückgegeben. In diesen Wohnungen lebten 220.000 Menschen, d.h. 10% der lettischen Bevölkerung²⁶. Die Einführung einer solchen Praxis würde tatsächlich zur Entkommunisierung des öffentlichen Lebens in der Ukraine insgesamt beitragen.

Eng verbunden mit dem Problem der Landübergabe an die Krimtataren war das Problem ihrer sozioökonomischen Anpassung und sozialen Unterstützung. Die Wissenschaftler sind der Ansicht, dass die begrenzte finanzielle Unterstützung seitens der Behörden für die Krimtataren sehr schmerzhaft war. Die meisten von ihnen hatten kein eigenes Vermögen, nicht nur wegen der Wertminderung der Ersparnisse, sondern auch wegen der Massenarbeitslosigkeit. Im Jahr 1999 waren 72,6% der Krimtataren nicht erwerbstätig. Neben der Erwerbslosigkeit nannten die Krimtataren die Armut (63,9%) und den Mangel an Wohnraum (42,2%) als die für sie drängendsten Probleme²⁷.

²⁶ Кугель М., «Историческая справедливость» в действии: латвийская денационализация и ее социально-экономические последствия, «Неприкосновенный запас» 2020, № 133 (5) [Kugel' M., „Historische Gerechtigkeit“ in der Praxis: Die Denationalisierung in Lettland und ihre sozioökonomischen Folgen, „Unantastbare Reserve“ 2020, Nr. 133 (5)], https://www.nlobooks.ru/magazines/neprikosnovennyu_zapas/133_nz_5_2020/article/23002/.

²⁷ Котигоренко В. О., Кримськотатарські репатріанти: проблема соціальної адаптації, К.: Світогляд, 2005, с. 79 [Kotihorenko V. O., Krimtatarische Repatriierte: Das Problem der sozialen Anpassung 2005, S. 79].

Das dritte Problem ist die politische Repräsentation in den öffentlichen Behörden. Im Juni 1991 wurde der zweite Kurultai des krimtatarischen Volkes abgehalten, den die Mehrheit der Krimtataren als ihr Vertretungsorgan ansieht. Er setzt sich aus 250 Delegierten zusammen, die von den örtlichen Gemeinschaften für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt werden. Der Kurultai wiederum wählt den Exekutivrat, den Milli Medschlis, der aus 33 Mitgliedern besteht. Der Medschlis setzt die Beschlüsse des Kurultai um und vertritt die Gemeinde zwischen den Kurultai-Sitzungen. Neben dem gesamtkrimischen Medschlis gibt es 250 lokale Medschlis, die in 22 regionalen Medschlis zusammengeschlossen sind. Am 18. Mai 1999 marschierten mehr als 30.000 Krimtataren anlässlich des 55. Jahrestages der Deportation von 1944 nach Simferopol. Der Präsident der Ukraine unterzeichnete ein Dekret zur Einrichtung eines Beratungsgremiums für die krimtatarische Bevölkerung, das dem Präsidenten der Ukraine untersteht und dem alle 33 Mitglieder des Medschlis unter dem Vorsitz von Mustafa Džamilev angehören. Dieses Datum wird von dieser Volksgruppe als Anerkennung des Medschlis als de facto wichtigstes Vertretungsorgan für die Interessen der krimtatarischen Bevölkerung angesehen. Vor Verabschiedung des Gesetzes „Über indigene Völker“ war der Rechtsstatus der Medschlis jedoch nicht geregelt und er besaß keinerlei rechtlichen Status.

Darüber hinaus lag der Anteil der Krimtataren unter den Beamten und Angestellten im Staatsdienst auf der Krim in den Jahren 2009-2012 bei etwa 10% – und damit unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Halbinsel. Die Hauptgründe für die unzureichende Berücksichtigung der Bedürfnisse nach politischer Teilhabe lagen in der begrenzten Vertretung der Krimtataren in staatlichen Behörden, der Verwehrung der Möglichkeit, strittige Fragen durch Volksabstimmungen zu lösen, und der voreingenommenen Haltung der örtlichen Behörden gegenüber ihren Rechten und Bedürfnissen.

Viertens gab es Probleme mit der Entwicklung von Sprache, Kultur und Religion. Art. 10.1 der 1998 verabschiedeten Verfassung der Autonomen Republik Krim besagt: „neben der Staatssprache [Ukrainisch] ist das Funktionieren, die Entwicklung, der Gebrauch und der Schutz des Russischen, Krimtatarischen und der Sprachen anderer ethnischer Gruppen gewährleistet.“ Dennoch blieb die russische Sprache in allen Bereichen des Lebens auf der Krim dominierend. Darüber hinaus wurden mehr als 95% der Städte und Siedlungen auf der Krim, die zuvor tatarische Namen trugen, in russischer Weise umbenannt und ihre alten Namen wurden nicht wiederhergestellt. Vorschläge, historische Namen neben den modernen zu verwenden, stoßen in der Regel auf mehrheitliche Ablehnung.

Im Bereich Kultur wurden mehrere Initiativen zur Wiederbelebung von Minderheitensprachen und -kulturen umgesetzt. Die nach I. Gasprynskyj benannte krimtatarische Bibliothek in Simferopol veranstaltete Events zur Förderung der krimtatarischen Kultur und Sprache.

Bezogen auf den Bildungsbereich erhalten lediglich 16% der Schüler krimtatarischer Herkunft Unterricht in der krimtatarischen Sprache, während 39% sie als Schulfach belegen. Die Zahl der Schüler, die andere Sprachen ehemals deportierter Bevölkerungsgruppen lernen, ist deutlich geringer: weniger als 0,3% der Gesamtzahl der Schüler im Schuljahr 2012/2013. Infolgedessen entschieden sich 2013 92% der Sekundarschüler auf der Krim ihre Abschlussprüfungen auf Russisch abzulegen, 7,5% auf Ukrainisch und keiner auf Krimtatarisch. Die Unfähigkeit oder der Unwille der örtlichen Behörden, den Unterricht in Minderheitensprachen zu finanzieren, hat oft zu verzerrten Bildungspraktiken geführt, bei denen Eltern von Minderheiten gezwungen sind, aktiv nach alternativen Finanzierungsquellen zu suchen. Die Hauptprobleme beim Unterrichten der Sprachen der ehemals deportierten Völker auf der Krim waren der Mangel an qualifiziertem Lehrern, was eine Folge der unzureichenden Ausbildung des Lehrpersonals ist, sowie Probleme bei der Bereitstellung von Lehrbüchern, insbesondere in der krimtatarischen Sprache.

Zur gleichen Zeit war der Stand des Lernens und Studierens der krimtatarischen Sprache nach Angaben des Bildungsministeriums im Jahr 2013 recht hoch. Insbesondere zur Zeit der Besatzung wurden 208.536 Schüler auf der Krim unterrichtet. 189.132 Schüler oder 90,7% erhielten Unterricht auf Russisch, 13.589 (6,5%) auf Ukrainisch und 5.551 (2,7%) auf Krimtatarisch. Im Jahr 2013 boten sieben Schulen auf der Krim Unterricht vollständig auf Ukrainisch an, 15 Schulen auf Krimtatarisch. Darüber hinaus wurde an mehreren Schulen zweisprachig unterrichtet. Die Verteilung der Unterrichtssprachen auf der Krim sah wie folgt aus: 875 Klassen mit Unterricht auf Ukrainisch, 384 auf Krimtatarisch und 8.965 Klassen auf Russisch. Von allen Schülern auf der Krim lernten 206.866 Kinder (99,2%) Russisch als Unterrichtsfach, 18.020 (8,6%) Krimtatarisch²⁸.

4. Die Lage der Krimtataren nach 2014

Die Ukraine leistet materielle, finanzielle und organisatorische Unterstützung für die krimtatarische Volksgruppe. Darüber hinaus hat die Ukraine in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Sprache und Kultur der indigenen Bevölkerung der Krim zu fördern. In diesem Zusammenhang erließ der Präsident der Ukraine im Februar 2021 ein Dekret „Über gesonderte Maßnahmen zur Deokkupation und Reintegration des vorübergehend besetzten Territoriums der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sevastopol“. Im April 2021 bestätigte die ukrainische Regierung die Konzeption zur Entwicklung der krimtatarischen Sprache für den Zeitraum 2022–2032, und das Ministerium für Reintegration initiierte das Projekt für einen Nationalen Korpus der krimtatarischen

²⁸ За три роки кількість учнів у Криму, які навчаються українською, зменшилась у 36 разів [Innerhalb von drei Jahren ist die Zahl der Schüler auf der Krim, die auf Ukrainisch unterrichtet werden, um das 36-fache zurückgegangen], <https://www.ukrinform.ua/rubric-politics/2220496-za-tri-roki-kilkist-ucniv-u-krimu-aki-navcautsa-ukrainskou-zmen-silas-u-36-raziv.html>.

Sprache. Dies betraf insbesondere die Umsiedlung von Tataren, die das Territorium der autonomen Republik verlassen hatten (laut Vertretern des Medschlis etwa 30.000 Personen), in andere Regionen der Ukraine, wobei ein erheblicher Teil von ihnen in Heničesk (Gebiet Cherson) lebte. Leider sind diese Krimtataren nach der Besetzung des Gebiets Cherson, insbesondere Heničesks, im Jahr 2022 erneut gezwungen, unter der Führung Russlands zu leben. Einheimische berichten von Entführungen und illegalen Inhaftierungen von Vertretern der krimtatarischen Gemeinschaft. Entführte werden oft ohne Grund festgenommen, und ihre Angehörigen erhalten keine Informationen über ihren Verbleib. Insbesondere erfolgen zahlreiche Inhaftierungen ohne rechtliche Grundlage, oft ohne Erklärung oder Beweise für die „Schuld“ der Inhaftierten. Mehrere bekannte Angehörige des krimtatarischen Volkes in der Region wurden bereits inhaftiert und befinden sich in russischen Gefängnissen und Kolonien²⁹.

Es ist hervorzuheben, dass Angehörige des krimtatarischen Volkes in den Behörden der Ukraine tätig sind, auch in höchsten Ämtern. So sind etwa M. Džemilev und R. Čubarov Parlamentsabgeordnete, und R. Umerov ist in der aktuellen schwierigen Zeit der Verteidigungsminister der Ukraine.

Was die Situation der Krimtataren auf der von Russland besetzten Krim betrifft, so hat sich ihre Lage auf dem Territorium der Halbinsel verschlechtert, obwohl der russische Präsident 2014 ein Dekret über die Rehabilitierung der deportierten Bevölkerung auf der Krim erlassen hat³⁰. Insbesondere im Bereich der humanitären Politik, vor allem im Bildungswesen, geht die Zahl der Schüler zurück, die in der krimtatarischen Sprache unterrichtet werden. So gab es im Schuljahr 2017-2018 auf der Halbinsel 15 Schulen mit krimtatarischer Unterrichtssprache. Weitere 31 Schulen führten 133 Klassen mit krimtatarischer Unterrichtssprache, in denen 1.879 Schüler unterrichtet wurden. Im Jahr 2022 stieg die Zahl der Schulen auf der Krim zwar an, und in Simferopol wurde sogar eine weitere krimtatarische Schule eröffnet, jedoch ging die Zahl der Klassen mit Unterricht in der Muttersprache zurück, bei den Krimtatarisch-Klassen um 14³¹.

Die Politik der Verfolgung von Vertretern des Medschlis und einzelner Krimtataren, die mit der russischen Politik gegenüber der indigenen Bevölkerung auf der Krim nicht einverstanden sind, ist besonders beschämend. So stufte das Oberste Gericht der Republik Krim am 26. April 2016 die

²⁹ *Азовський Д.*, Стала відома кількість кримськотатарських політв'язнів в окупованому Криму: серед них багато татар з Генічеського району [*Azovs'kyj D.*, Die Zahl der politisch Verfolgten auf der besetzten Krim ist bekannt geworden: Unter ihnen sind viele Tataren aus dem Kreis Heničesk], <https://henichesk.rayon.in.ua/news/730976-stala-vidomakilkist-krimskotatarskikh-politvyazniv-v-okupovanomu-krimu-sered-nikh-bagato-tatar-z-genicheskogo-rayonu>.

³⁰ Указ Президента Российской Федерации от 21 апреля 2014 г. № 268 «О мерах по реабилитации армянского, болгарского, греческого, крымско-татарского и немецкого народов и государственной поддержке их возрождения и развития» [Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 268 vom 21. April 2014 „Über Maßnahmen über die Rehabilitierung der armenischen, bulgarischen, griechischen, krimtatarischen und deutschen Völker und die staatliche Unterstützung ihrer Rückkehr und Entwicklung], [Kremlin.ru](https://kremlin.ru).

³¹ Українську витиснули, кримськотатарській приготуватися. Як із кримських шкіл вичавлюють вивчення «державних» мов [Ukrainisch wurde verdrängt, Krimtatarisch muss sich darauf vorbereiten. Wie das Erlernen der „staatlichen“ Sprachen aus den Schulen der Krim verdrängt wird], <https://investigator.org.ua/ua/topnews/258984/>.

Medschlis als extremistische gesellschaftliche Vereinigung ein und verbot ihre Tätigkeit auf dem Territorium der Russischen Föderation³².

Viele Vertreter des krimtatarischen Volkes wurden Opfer der Verfolgung durch die Rechtsschutzbehörden der Besatzungsmacht. Das erste Opfer der Besatzungsmacht war der Krimtatare Rešat Ametov, der eine Einzelmahnwache gegen die Annexion der Krim abhielt. Anschließend wurde er von Unbekannten in der Nähe von Bilohirsk gefoltert. Ihm wurde posthum der Titel „Held der Ukraine“ verliehen.

Einer der aufsehenerregendsten Fälle im Zusammenhang mit dem Verschwinden von Personen auf der Krim ist der von Ervin Ibrahimov. In der Nacht des 25. Mai 2016 wurde Ervin ein weiteres Opfer einer gewaltsamen Entführung auf dem Territorium der annektierten Halbinsel. Das letzte Mal, dass er von Überwachungskameras gesichtet wurde, war in der Nähe eines Geschäfts in Bachčysaraj. Auf dem Video ist deutlich zu sehen, wie Personen in der Uniform des Straßenpatrouillendienstes der Besatzungstruppen Ibrahimovs Auto anhielten, ihn aus dem Auto zerrten und ihn in ein anderes Auto zwangen, um dann davonzufahren. Seit mehr als sieben Jahren ist das Schicksal des Aktivisten, der Mitglied des Exekutivausschusses des Weltkongresses der Krimtataren und Mitglied der regionalen Medschlis ist, unbekannt.

Edem Bekirov, Server Mustafaev, Nariman Dželal, Ruslan Trubach, Lenije Umerova, Appaz Chalilov, Sejran Saliev, Oleh Sencov, Volodymyr Baluch, Oleksandr Kolčenko, Ilmi Umerov, Stanislav Klych und Achtem Chyjhoz wurden verhaftet, verurteilt und gefoltert.

Der Fall von Edem Bekirov beginnt am 12. Dezember 2018 um 8:30 Uhr morgens. Er wurde am Kontrollpunkt „Čonhar“ festgenommen. Am 13. Dezember verhängte die Richterin des Kyïver Kreisgerichts der Besatzungsverwaltung von Simferopol, Valentina Kaminina, gegen Bekirov eine zwei-monatige Haftstrafe und beschuldigte ihn der Verstöße gegen Art. 222 Abs. 2 und Art. 222.1 Abs. 2 Strafgesetzbuch der Russischen Föderation. Bekirov verbrachte eine beträchtliche Zeit in Untersuchungshaft, ohne die notwendige medizinische Versorgung zu erhalten. Die Familie von Bekirov erhielt zwar die Erlaubnis, ihm Medikamente zu übergeben, aber zu diesem Zeitpunkt hatte sich sein Zustand erheblich verschlechtert, er war insulinabhängig, hatte ein amputiertes Bein, Diabetes, Herz-Shunts und eine lange Liste von Erkrankungen. Über sein Schicksal wurde 2019 entschieden. Am 7. September 2019 wurde er gemeinsam mit anderen politischen Gefangenen, darunter Oleh Sencov, Volodymyr Baluch, Oleksandr Kolčenko, Pavlo Hryb und weiteren, ausgetauscht.

³² Суд из-за экстремизма запретил меджлис крымскотатарского народа, Интерфакс, 26 апреля 2016 [Das Gericht verbietet die Medschlis des krimtatarischen Volks, Interfax, 26. April 2016].

Zudem ist zu erwähnen, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 25. Juni 2024 eine Entscheidung im Fall des krimtatarischen Aktivisten Edem Bekirov traf, der auf der Krim der illegalen Lagerung von Munition und Sprengstoff beschuldigt wird. Das Gericht entschied insbesondere, ihn dringend in ein Krankenhaus zu verlegen. Darüber hinaus wurden in den mehr als zehn Jahren der Annexion der Halbinsel mindestens 13 unabhängige Anwälte verschiedenen Formen von Repression ausgesetzt, insbesondere durch rechtswidrige Durchsuchungen, Drohungen, Inhaftierung oder den Entzug der Anwaltslizenz. Der jüngste Fall dieser Art betrifft Oleksij Ladin, der im Oktober 2023 verhaftet und 14 Tage lang festgehalten wurde. Die Besatzungspolizei auf der Krim fordert, dass ihm die Zulassung zur Ausübung der Anwaltstätigkeit entzogen wird. Die Anwältin Lili Gemidži hatte nicht so viel Glück. Im August 2022 wurde ihr, ebenso wie einer Reihe anderer Menschenrechtsverteidigern, die Zulassung zur Anwaltschaft entzogen.

Fazit

In Art. 11 der Verfassung der Ukraine wird die Verpflichtung des Staates bekräftigt, die Entwicklung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität aller indigenen Völker der Ukraine zu fördern. In der wissenschaftlichen Literatur und im Völkerrecht werden indigene Völker typischerweise als Völker definiert, die Kolonisierung oder Eroberung erfahren haben, was zu ihrem Minderheitenstatus innerhalb eines von einer Titularnation dominierten Staates geführt hat. Das Gesetz über die indigenen Völker der Ukraine legt fest, dass zu den indigenen Völkern der Ukraine, die von der Halbinsel Krim stammen, die Krimtataren, Karäer und Krimčaken gehören. Nach der gesamtukrainischen Volkszählung von 2001 lebten in der Ukraine etwa 250.000 Krimtataren, 1.196 Karäer und 406 Krimčaken.

Die tragische Geschichte des krimtatarischen Volkes ist ein eindrückliches Beispiel für die Verbrechen der Sowjetmacht, die die Menschenwürde und die Rechte einzelner nationaler und ethnischer Gruppen missachtete, und zwar nicht nur im Hinblick auf ihre Selbstidentifikation, sondern auch auf ihre bloße Existenz. Die Politik der Sowjetunion gegenüber den Krimtataren zielte darauf ab, die Bevölkerung der Halbinsel in eine „notwendige“ und „ideale“ russischsprachige Gemeinschaft umzugestalten, die sich der sowjetischen Herrschaft unterordnet. Erst mit dem Beginn der Perestrojka, dem Zusammenbruch der UdSSR und der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine konnten die Krimtataren in ihre historische Heimat zurückkehren.

Die Rückkehr auf die Krim und der anschließende Prozess der Rehabilitierung und Wiederherstellung ihrer Rechte waren mit erheblichen humanitären Herausforderungen verbunden. Dazu gehörten Fragen der Staatsbürgerschaft, der Rückgabe von Vermögen, Bodenfragen und die volle politische Teilhabe der Krimtataren sowohl innerhalb der Autonomie als auch in der Ukraine insgesamt. Zudem gab

es Bedenken hinsichtlich der Wiederbelebung und Entwicklung ihrer Kultur, Sprache und Religion. Diese Prozesse führten zwangsläufig zu sozialen Spannungen und Konflikten mit anderen nationalen Gruppen auf der Krim, insbesondere mit der russischsprachigen Bevölkerung. Es sei darauf hingewiesen, dass die Ukraine geeignete gesetzliche und soziale Rahmenbedingungen für die Rückkehr und Integration der Krimtataren schuf und in diesen Konflikten als Vermittlerin auftrat, die sich um die Versöhnung aller nationalen und sprachlichen Gruppen in der Region bemühte. Die heutige Perspektive und die Ereignisse des sogenannten „Russischen Frühlings“ sowie die Haltung der Krimtataren zu diesen Ereignissen legen jedoch nahe, dass die Ukraine beim Schutz der Krimtataren eine entschlossenerere Haltung hätte einnehmen können. Dazu hätten stärkere Bemühungen gehören können, sie in die Bevölkerung der Autonomie und die ukrainische Gesellschaft insgesamt zu integrieren, ihr Vermögen zurückzuerstatten, Bedingungen für die Entwicklung ihrer Kultur und Sprache zu schaffen, ihren Status als indigenes Volk der Krim anzuerkennen und ihr Recht auf Selbstbestimmung an ihren festen Siedlungsorten zu verankern.

Nach 2014 hat die Ukraine ihren Ansatz zur gesetzlichen Anerkennung des Rechtsstatus der Krimtataren deutlich überarbeitet. Im Gegensatz dazu zielt die Politik der Besatzungsmacht darauf ab, die pro-ukrainische Haltung der Krimtataren zu unterdrücken, ihre moralischen Anführer zu verfolgen und alle Ansichten zu unterdrücken, die sich gegen Russlands Vision für die Zukunft der indigenen Bevölkerung der Krim richten.

Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die Lage der Krimtataren auf der Halbinsel seit der Besetzung durch Russland im Jahr 2014 verschlechtert hat. Im Bereich der humanitären Politik, insbesondere im Bildungswesen, ist die Zahl der Schüler, die in krimtatarischer Sprache unterrichtet werden, deutlich zurückgegangen. Die Verfolgung von Vertretern des Medschlis, die zu Unrecht als extremistische Organisation eingestuft wurden, und die Schikanie von Krimtataren, die sich gegen die russische Politik auf der Krim stellen, sind besonders gravierende Aspekte dieser Unterdrückung.

Autoreninformation:

Jevhenij Tkačenko, Kandidat der Rechtswissenschaften

Dozent, Lehrstuhl für Verfassungsrecht der Ukraine, Nationale Rechtsuniversität Jaroslav Mudryj,
Charkiv, Ukraine

ye.v.tkachenko@nlu.edu.ua 0000-0003-2510-5362

Informationen zur Übersetzerin

aus dem Englischen übersetzt von

Lea Pheiffer, studentische Hilfskraft am Zentrum für interdisziplinäre Ukrainestudien „Denkraum
Ukraine“